



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag SPD-Fraktion

Hier: Aufnahme, Betreuung und Integration von Flüchtlingen in Hagen

Beratungsfolge:

26.11.2015 Rat der Stadt Hagen

Beschlussvorschlag

1. Der Verwaltungsvorstand nimmt einen Strategiewechsel in der Flüchtlingsunterbringung vor und wird zukünftig vor allem eigene Unterkünfte in Form von Wohnungen für Flüchtlinge zur Verfügung stellen. Dazu ist es erforderlich, ein Personal- und Organisationskonzept zu erstellen und dem Rat vorzulegen.
2. Mit den Wohnungsbaugenossenschaften und weiteren Immobilienbesitzern wird ein Belegungskonzept für leerstehende Wohnungen entwickelt, welches für ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen den Stadtteilen sorgt. Familien mit Kindern sollten hier Priorität haben.
3. Die Verwaltung entwickelt einen Integrationsplan für Flüchtlinge mit Partnern und Institutionen wie den Wohlfahrtsverbänden, den Kirchen, der SIHK, der Kreishandwerkerschaft, der Bundesagentur für Arbeit, den Gewerkschaften etc.
4. Die Verwaltung entwirft auf Basis der aktuellen Flüchtlingszahlen für Hagen unterschiedliche Szenarien in denen dargestellt wird, welche Auswirkungen der Strategiewechsel gegenüber dem jetzt eingeschlagenen Weg haben wird.
5. Zur Unterstützung der Verwaltung und zur politischen Kontrolle wird ein Ausschuss für Flüchtlings- und Zuwanderungsproblematik ins Leben gerufen.



Kurzfassung
Siehe Anlage

Begründung
Siehe Anlage



SPD – Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Rathausstraße 11
Postfach 42 49

58095 Hagen
58042 Hagen

Tel: 02331 207 - 3505
Fax: 02331 207 - 2495

spd-fraktion-hagen@online.de | www.spd-fraktion-hagen.de

An Herrn
Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
Im Hause

Hagen, 16. November 2015

Aufnahme, Betreuung und Integration von Flüchtlingen in Hagen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

wir bitten um Aufnahme des Tagesordnungspunktes für die nächste Sitzung des Rates am 26. November 2015 nach §6 Abs.1, (GeschO).

Beschlussvorschlag:

1. Der Verwaltungsvorstand nimmt einen Strategiewechsel in der Flüchtlingsunterbringung vor und wird zukünftig vor allem eigene Unterkünfte in Form von Wohnungen für Flüchtlinge zur Verfügung stellen. Dazu ist es erforderlich, ein Personal- und Organisationskonzept zu erstellen und dem Rat vorzulegen.
2. Mit den Wohnungsbaugenossenschaften und weiteren Immobilienbesitzern wird ein Belegungskonzept für leerstehende Wohnungen entwickelt, welches für ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen den Stadtteilen sorgt. Familien mit Kindern sollten hier Priorität haben.
3. Die Verwaltung entwickelt einen Integrationsplan für Flüchtlinge mit Partnern und Institutionen wie den Wohlfahrtsverbänden, den Kirchen, der SIHK, der Kreishandwerkerschaft, der Bundesagentur für Arbeit, den Gewerkschaften etc.
4. Die Verwaltung entwirft auf Basis der aktuellen Flüchtlingszahlen für Hagen unterschiedliche Szenarien in denen dargestellt wird, welche Auswirkungen der Strategiewechsel gegenüber dem jetzt eingeschlagenen Weg haben wird.
5. Zur Unterstützung der Verwaltung und zur politischen Kontrolle wird ein Ausschuss für Flüchtlings- und Zuwanderungsproblematik ins Leben gerufen.

Begründung:

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen lehnt Großunterkünfte in Schulen, Turnhallen oder Firmengebäuden für Flüchtlinge ab. Die für die dort lebenden Menschen oft unzumutbare Lebenssituation über Wochen oder gar Monate hinweg ist hinlänglich bekannt. Auch das Wohnumfeld steht solchen Unterkünften immer kritischer gegenüber. Wiederkehrende Bürgerversammlungen zu plötzlich gefundenen und bestimmten Unterbringungsmöglichkeiten werden von Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt zunehmend kritischer gesehen. Diese Form von Veranstaltungen kann in Zukunft verzichtet werden, wenn endlich ein umfassendes Konzept präsentiert wird. Die SPD-Fraktion sieht gerade unter diesem Gesichtspunkt das Vorgehen des Verwaltungsvorstandes, vor allem Landeseinrichtungen in Hagen zu realisieren, für zu kurz gedacht. Zwar werden die Kosten für diese Unterkünfte komplett vom Land übernommen, aber diese Menschen werden nach einiger Zeit überall in NRW verteilt. Der OB und der Verwaltungsvorstand geben an, dass die Unterbringung von Flüchtlingen, die sich noch in der Verantwortung des Landes befinden, die kostengünstigste Variante für Hagen ist. Ungeachtet der Tatsache, dass der Begriff

„kostengünstig“ im Zusammenhang mit menschlichen Schicksalen grenzwertig ist, fordern wie eine detaillierte Aufstellung der unterschiedlichen Kostenbelastungen für die jeweiligen Flüchtlingssituation. Zumal die aktuelle Einigung der Kommunalen Spitzenverbände mit dem Land NRW dazu führt, dass die Kosten für die Aufnahme von Flüchtlingen in eigenen Unterkünften deutlich besser finanziert werden.


Mit dem eingeschlagenen Weg kann Hagen den Bevölkerungsschwund nicht aufhalten. Statt immer neue Landeseinrichtungen nach Hagen zu holen, sollte es einen strategischen Wechsel in der Flüchtlingspolitik in Hagen geben. Wir brauchen eigene Einrichtungen, die die Integration von Flüchtlingen, die eine dauerhafte Bleibeperspektive haben, in unseren Stadtteilen begleiten. Sozialraumorientierte Integration in den rund 8000 leerstehenden Wohnungen muss das Ziel der Hagener Flüchtlingspolitik sein. Als Beispiel ist hier die Stadt Altena im Märkischen Kreis zu nennen, die seit Jahren unter starkem Einwohnerschwund leidet. Altena nimmt aktuell 100 Flüchtlinge über die Zuweisung hinaus auf, um sie in der Kommune zu integrieren und zu halten.

Die umfangreiche Aufnahme von Flüchtlingen ist für eine HSP-Kommune eine Herausforderung, deren Bewältigung viele Jahre dauern wird. Diese Herausforderung birgt aber auch eine enorme Chance. Viele junge und zum Teil gut ausgebildete Menschen erreichen auch unsere Stadt Hagen. Gerade in Anbetracht des deutlichen Bevölkerungsschwundes in unserer Stadt und dem damit einhergehenden drohenden Rückbaus städtischer Infrastruktur müssen wir die Flüchtlingsdiskussion in unserer Stadt nicht nur unter Kostengesichtspunkten führen, sondern als Chance für eine gute Zukunft unserer Stadt sehen.

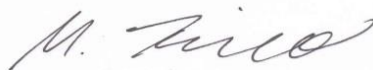
Die Wohlfahrtsverbände, mit ihren über die Ortsteile verbreiteten Organisationsebenen, wären zusammen mit den Kirchen und ihren Gemeinden ideale Partner einer gelingenden Integration für Flüchtlinge. Die Stadtspitze muss sich Gedanken über Projekte machen, die in Zusammenarbeit mit SIHK, Kreishandwerkerschaft, Bundesagentur für Arbeit und Gewerkschaften das Ziel haben, Flüchtlinge über das Erlernen der deutschen Sprache schnell in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Der SPD-Fraktion ist völlig klar, dass die bestehenden wie auch vor uns liegenden Aufgaben bzgl. der Flüchtlinge nicht mit aktuellen personellen Ressourcen und der Verwaltungsorganisation zu schaffen sind. Die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und alle anderen Menschen (Ehrenamtliche), die sich seit Monaten hierbei einbringen, leisten Unglaubliches. Ihnen gelten unser Dank und unsere Anerkennung. Es ist aber schon lange erkennbar, dass diese Menschen endlich weitere Unterstützung brauchen, denn ohne die erforderlichen Personalressourcen kann eine solche gewaltige Aufgabe nicht gelöst werden. Die zu erwartende Aussage bzgl. der fehlenden finanziellen Mittel ist nicht nur ermüdend, sondern kann auch sachlich nicht akzeptiert werden, da es sich hierbei um eine hoheitliche verpflichtende Aufgabe der Kommune handelt. Der SPD-Fraktion ist es aber ein besonderes Bedürfnis, die Flüchtlingsdiskussion nicht in erster Linie unter finanziellen Gesichtspunkten zu führen. Es geht um Menschen, die aus ihrer Heimat geflohen sind, teils Familienangehörige im Krieg oder auf der Flucht verloren haben und oftmals mit nicht mehr als einem Koffer und Kindern an der Hand vor ihrer unsicheren Zukunft stehen. Zu allererst müssen wir uns fragen, wie diesen Menschen geholfen werden kann, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen und wie es uns gelingen kann, diese Menschen in unsere Gesellschaft zu integrieren. Diese Fachlichkeit ist jetzt gefragt, und nicht die Ökonomie.

Mit freundlichem Gruß



Ramona Timm-Bergs
Sprecherin Sozialausschuss



Mark Krippner
Fraktionsvorsitzender/Bezirksvertretung Hohenlimburg

Bezirksvertretung Eilpe-Dahl
gez. Michael Dahme

Bezirksvertretung Haspe
gez. Dietmar Thieser

Bezirksvertretung Mitte
gez. Arno Lohmann

Bezirksvertretung Nord
gez. Andreas Schumann

Die Fraktionen
CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Hagen Aktiv, FDP
im Rat der Stadt Hagen

Änderungsantrag für die Ratssitzung am 26.11.2015

zum TOP I.4.7.

„Aufnahme, Betreuung und Integration von Flüchtlingen in Hagen“

Die Beschlussvorschläge 1. und 4. im Antrag der SPD-Fraktion werden durch den folgenden Beschlussvorschlag ersetzt:

1. Die Verwaltung erläutert auf Basis der aktuellen Flüchtlingszahlen für Hagen, ob eine strategische Zielsetzung in der Flüchtlingsunterbringung sinnvoll und machbar ist, die zukünftig vor allem eigene Unterkünfte in Form von Wohnungen für Flüchtlinge vorsieht. Über die voraussichtlichen Auswirkungen, Kosten und Personal- sowie Organisationsaufwände einer solchen Zielsetzung soll mit vertretbarem Aufwand ein prognostischer Bericht erstellt werden, der möglichst in der kommenden Ratssitzung am 10.12.2015 vorgestellt wird und bis zur ersten Sitzungsrunde 2016 auch schriftlich vorliegen soll.

Die Beschlussvorschläge 3. und 5. im Antrag der SPD-Fraktion werden durch den folgenden Beschlussvorschlag ersetzt:

2. Die Verwaltung informiert im Rahmen dieses Berichts auch über bisher vorliegende institutionenübergreifende Überlegungen und Konzepte hinsichtlich der gesamtstädtischen Integration von Flüchtlingen und gibt einen Überblick über die in der Flüchtlingshilfe beteiligten Institutionen und Initiativen. Insbesondere spricht sie eine Empfehlung aus, ob die bisherige Gremienstruktur für die anstehenden Aufgaben Unterstützung der Verwaltung, politische Zuarbeit und Kontrolle sowie die notwendige Erarbeitung eines gesamtstädtischen Integrationsplans ausreicht, oder ob hierfür ein neues Bündelungsgremium erforderlich wird.

Der Beschlussvorschlag 2 des SPD-Vorschlags wird geändert in:

3. Die Verwaltung wird aufgefordert, gemeinsam mit der Hagerer Wohnungswirtschaft (Wohnungsbaugenossen- und -gesellschaften und Immobilienbesitzer (Haus & Grund) ein Wohnraumkonzept Hagen 2017-2030 zu erstellen.

Das Wohnraumkonzept soll dafür sorgen, dass auch künftig alle gesellschaftlichen Gruppen mit den unterschiedlichsten Einkommen passende Wohnungsangebote und insbesondere Familien mit ihren spezifischen Bedürfnissen geeigneten und bezahlbaren Wohnraum finden.

Das Wohnraumkonzept soll ...

- .. die bisher bekannte demographische Entwicklung, ...
- ... die Zahl der Flüchtlinge mit Aufenthaltsperspektive, ...
- ... die Zahl der EU-Zuwanderer mit Niederlassungsperspektive...

- ...sowie die sozialräumlichen Voraussetzungen für ein verträgliches Miteinander in den Bezirken und Wohnquartieren...

berücksichtigen.

4. Der Hauptgesellschafter Stadt Hagen fordert die Wohnungsbaugesellschaft ha.ge.we auf, der Stadt kurzfristig leer stehenden und zulässig vermietbaren Wohnraum zur Belegung mit Flüchtlingen anzubieten.

Begründung:

Zu 1.:

Aus den bisherigen Schilderungen, Ausführungen und Berichterstattungen zur Tätigkeit der Verwaltung und des Runden Tisches wird den Antragstellern deutlich, dass die tägliche Praxis bei der Bewältigung der Flüchtlingsherausforderung vielschichtiger ist, als der Antrag der SPD zunächst vermuten lässt.

Aus Sicht der Antragsteller ist ein „Strategiewechsel“ zunächst auch deshalb nicht zwingend einleuchtend, da die Verwaltung bisher anlassbezogen die richtige Unterkunftsform gewählt hat - zentrale Unterbringung für Erstaufnahme und dezentrale Wohnquartiere für Menschen mit Bleibeperspektive. Aus Sicht der Antragsteller ist deshalb nicht erkennbar, dass überhaupt eine schwerpunktmäßig auf Unterbringung in Sammelunterkünfte ausgerichtete Strategie besteht, die einem „Strategiewechsel“ unterzogen werden könnte.

Zu 2.:

Der SPD-Antrag formuliert nachvollziehbar die Notwendigkeit einer Konzeption zur mittel- und langfristigen Integration der Menschen, die mit einer Bleibe- oder gar Niederlassungsperspektive nach Hagen kommen. Dazu gehört auch, dass die Menschen schnell mit der deutschen Sprache, den grundlegenden Regeln unseres Zusammenlebens (Verfassung) und mit den Dingen des täglichen Lebens vertraut gemacht werden. Darüber hinaus brauchen die Neubürger Unterstützung bei der Aufnahme von Erwerbsarbeit, die möglichst nahe an ihrer Qualifikation liegt. Also braucht es Ansprechpartner, die in der Lage sind, entsprechende individuelle Förderkonzepte für die Hilfesuchenden zu entwickeln in der Lage sind.

Aus Sicht der Antragsteller stellt sich dabei die Frage, ob dies nicht schon im Rahmen der vorhandenen Institutionen geleistet wird bzw. deren Aufgabenbeschreibung entsprechend erweitert werden kann.

Zu 3.:

Die Antragsteller sind davon überzeugt, dass die Zuwanderung durch EU-Bürger und durch Flüchtlinge den Hagener Wohnungsmarkt in seiner Gänze mittel- und langfristig verändern wird. Deshalb sind isolierte Konzepte für einzelne gesellschaftliche Gruppen keine Lösung. Vielmehr macht die Entwicklung deutlich, dass nun vordringlich ein Gesamtkonzept für den Wohnungsmarkt in Hagen

erforderlich ist. Es muss zum Ziel haben, für alle Zielgruppen, allen voran Familien mit Kindern, ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum anbieten zu können. Auf diese Weise wird auch verhindert, dass einzelne Gruppen bei der Schaffung von neuem Wohnraum bevorzugt werden.

Zu 4.:

Die Stadt Hagen unterhält mit der ha.ge.we ein eigenes Wohnungsbauunternehmen. Derzeit erkennbar könnte das Unternehmen mehr zur Entlastung der Stadt Hagen beitragen, hält sich aber augenscheinlich mit zulässig anmietbaren Wohnungsangeboten an die Stadt zurück. Deshalb erscheint es sinnvoll, dass es notfalls einen Gesellschafterbeschluss geben sollte, um das Angebot durch die ha.ge.we zu vergrößern. Dabei ist nicht daran gedacht, die Flächen unter Preis anzumieten.